

BUNDESTAGSWAHL 2013

Wahlaussagen der Parteien für die planenden und bauenden Berufe



CDU

Peter Götz MdB

Mit dem Regierungsprogramm 2013–2017 haben CDU/CSU ihren grundsätzlichen Fahrplan für die kommenden 4 Jahre dargelegt. Hierin finden sich auch Aussagen, die für die Interessen der planenden und bauenden Berufe von Bedeutung sind. Das Regierungsprogramm kann nicht auf jede berufsspezifische Frage eine Antwort bereit hal-

ten, bietet jedoch ausreichend Raum, auf aktuelle Herausforderungen im konkreten Regierungshandeln einzugehen. Die gerade erst beschlossene neue Verordnung über die Honorare für Architekten und Ingenieure zeigt das. Sie beinhaltet umfassend modernisierte Leistungsbilder, angepasst an die neuen Anforderungen im Bau- und Umweltrecht. Die zweistellige Honorarerhöhung für Architekten und Ingenieure war überfällig, die Honorare wurden seit 1996 nicht erhöht. Die freien Berufe gehören zum Mittelstand, der das Rückgrat unserer Wirtschaft bleibt und einer der Garanten für unseren Wohlstand ist. Ihre Leistung, ihre Arbeit muss angemessen vergütet werden.

Besonderen Stellenwert nehmen im Regierungsprogramm Fragen der Stadtentwicklung ein. Städte sind lebendige Orte. Wir setzen auf attraktive Innenstädte mit guten Wohn-, Kultur-, Arbeits- und Einkaufsmöglichkeiten. Das bewährte Instrument der Städtebauförderung wollen wir fortführen und weiter entwickeln. Unser Ziel bleiben

lebenswerte Innenstädte und attraktive Stadtquartiere auch im Zuge rückläufiger Bevölkerungszahlen und sich verändernder Strukturen. Wo es notwendig ist, werden wir dazu auch neue Förderschwerpunkte festlegen.

Eine besondere Herausforderung steht in den kommenden Jahren bei der Umnutzung aufgegebener Bundeswehrstandorte an. Hier wollen wir den Kommunen helfen, z. B. Zuschüsse für erforderliche Investitionen zur Entwicklung der Standorte zu erhalten. Dafür werden wir ein Förderprogramm in Höhe von 100 Mio. Euro auflegen.

Ein weiteres interessantes Thema für die Branche ist die gewollte Stärkung des Wohnungsneubaus in Deutschland. Die Wohnungsbauzahlen steigen wieder, reichen jedoch nicht aus, um dem gewachsenen Bedarf zu entsprechen. Hier wollen wir die degressive Abschreibung für den Mietwohnungsbau wieder einführen und die Länder weiter bei der sozialen Wohnraumversorgung unterstützen.



CSU

Dr. Georg Nüßlein MdB

Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte erfordert mehr denn je, bei der Bereitstellung von öffentlicher Infrastruktur auf die Wirtschaftlichkeit zu achten. Da es hier aber gleichzeitig einen großen Investitionsstau gibt, ist es unabdingbar, die dem Staat verfügbaren einzelnen Beschaffungsvarianten unvoreingenommen zu beurteilen

und ihnen dieselben Chancen einzuräumen. In den vergangenen Jahren haben sich neben der konventionellen Beschaffungsvariante als weitere Kooperationsform von öffentlicher Hand und privaten Partnern die Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP) etabliert. Die Vorbehalte des Bundesrechnungshofs halte ich für nicht entscheidend. ÖPP können von großer Effizienz sein, u. a. dadurch, dass neben Planung und Bauausführung eines Projekts auch die Erhaltung und der Betrieb in einer Hand liegen. Klar ist, dass es sich bei ÖPP um eine Alternative handelt – sie ist ganz bestimmt kein Allheilmittel. ÖPP dürfen insbesondere nicht für Projekte ins Auge gefasst werden, die sich die öffentliche Hand selbst nicht leisten kann. Freilich sind manche anderweitig nicht finanzierbar. ÖPP sollten vielmehr dort in Betracht gezogen werden, wo sie wirtschaftlich sinnvoll sind. Dahinter muss das Ziel stehen, öffentliche Infrastrukturprojekte so effizient, so schnell, so qualitativ hochwertig und so kosten-

günstig wie möglich zur Verfügung zu stellen. Die bisherigen Erfahrungen mit ÖPP-Projekten sind überwiegend positiv zu bewerten. Dies gilt z. B. nicht nur für den Bereich Bundesfernstraßenbau, sondern auch für den Hochbau. Besonders Flächen- und Raumoptimierung, energetische Konzepte, ein stärkeres Risiko- und Qualitätsbewusstsein, ganzheitliche Kostenbetrachtung sowie zügige Planungs- und Verfahrensprozesse prägen im Hochbau das ÖPP-Bild. Zum vertraglichen Leistungsinhalt gehören in diesem Bereich u. a. Bau-, Renovierungs- und Sanierungsarbeiten sowie Planungs-, Finanzierungs- und Betriebsleistungen. Das alles zeigt, dass ÖPP gerade für den planenden und bauenden Bereich große Potenziale bieten. Die Architekten und Ingenieure haben dabei die Möglichkeit, diese freier und kreativer zu entfalten.

BUNDESTAGSWAHL 2013

Wahlaussagen der Parteien für die planenden und bauenden Berufe



SPD

Michael Groß MdB

Laut der neuesten Studie des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung sind „Mietpreissteigerungen in der Mehrjahresbetrachtung nicht besorgniserregend“. Mit der Studie wird wiederholt belegt, dass wir in Deutschland einen regional sehr differenzierten Wohnungsmarkt betrachten. Schrumpfende Bevölkerungszah-

len sowie rückläufige Entwicklungen in einigen Regionen stehen boomenden Regionen gegenüber, wo bezahlbare Wohnungen fehlen, Wohnkosten und Mieten steigen. Was die Studie nämlich nicht aussagt, ist, dass die Verbraucherpreise gerade bei Energie und Nahrungsmitteln steigen und die Inflationsrate nach oben treiben. Schon heute geben die Haushalte in Deutschland im Durchschnitt 34,1 % ihrer Konsumausgaben für Wohnen und Energie aus. In Großstädten, Ballungszentren und Universitätsstädten wächst eine neue Wohnungsnot heran. Hier zeichnet sich eine ungesunde Teilung der Gesellschaft ab, der es entgegenzuwirken gilt. Für die SPD ist daher eine Kernforderung, die „Soziale Stadt“ zum Leitprogramm der Städtebauförderung weiterzuentwickeln und mit 150 Mio. Euro im Bundeshaushalt auszustatten. Die derzeitige Bundesregierung hat mit Kürzungen von bis zu 60 % in diesem Bereich zur Verschärfung der Probleme beigetragen. Die Wohnungsnot ist längst in der Mittelschicht angekom-

men. Mit ihrem Wahlprogramm hat die SPD die Stärkung des Wohnungsbaus in den Städten beschlossen, ebenso wie die Stärkung des energetischen und barrierearmen Umbaus. Es ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, die sich die SPD auf die Fahne geschrieben hat, dass das Mietrecht wieder in seine soziale Funktion zurück geführt wird, ebenso müssen überzogene Mietsteigerungen begrenzt werden. Wir brauchen ein „Bündnis für Bezahlbares Wohnen“, an dem sich Bund, Länder, Kommunen, Wohnungs- und Bauwirtschaft, Gewerkschaften und Sozialverbände beteiligen – insbesondere benötigen wir das Bündnis auf kommunaler Ebene, um bedarfsgerecht vor Ort über Neubau, Sanierung, Modernisierung und im Zweifelsfall auch Rückbau zu entscheiden.

Unser Ziel ist ein breit angelegtes Maßnahmenbündel für Wohnungsbau, energetische Sanierung und den familien- und altersgerechten Umbau von Häusern und Wohnungen – eingebettet in eine Politik der Sozialen Stadt.



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Daniela Wagner MdB

Angesichts der Herausforderungen der Energiewende im Gebäudebereich unterstützen wir Grünen eine qualitätssichernde Honorierung der wachsenden Aufgaben. Ein angemessenes Verhältnis zwischen Planungsleistung, Haftung und Honorar muss gewährleistet sein. Auch die energetische Optimierung von Bestands- und Neu-

bauten sollte verbindlich in der HOAI berücksichtigt werden. Das Gelingen von Großprojekten ist abhängig von den Bauherrn und einem guten Baumanagement. Wenn, wie z. B. beim Berliner Flughafen geschehen, nachträglich 400 Planungsforderungen seitens des Bauherrn kommen, verzögert sich die Baufertigstellung natürlich. Hierfür sind aber nicht die Planer haftbar zu machen. Unter bestimmten Voraussetzungen können Großprojekte als PPP-Vorhaben Sinn machen. Allerdings sind PPP-Vorhaben auch nicht immer der Königsweg, wie die Entwicklung des Bauvorhabens Elbphilharmonie zeigt. Die Finanzkraft der Kommunen ist zu stärken. Finanzschwache Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, wieder ihre gesamtgesellschaftlichen Aufgaben der sozialen Inklusion, des ökologischen Umbaus, der Gestaltung des demografischen Wandels und der wirtschaftlichen Entwicklung erfüllen zu können. Kommunen mit Haushalts-sicherungskonzepten sollte der Zugang zur Städtebauförderung möglich sein.

Die Grünen wollen die Städtebauförderung auf 610 Mio. Euro anheben und perspektivisch auf den tatsächlichen Bedarf von 700 Mio. Euro erhöhen.

Das Programm Soziale Stadt wollen wir wieder stärken und zu einem Leitprogramm der Städtebauförderung ausbauen. Die Programme Stadtumbau Ost und West sind perspektivisch, unter Beibehaltung ihrer Schwerpunkte, zu bundesweiten Programmen weiter zu entwickeln, und dafür sind problemorientierte Förderkriterien festzulegen. Zusätzlich ist ein Energiesparfonds aufzulegen für die energetische Sanierung von Wohnquartieren mit einem hohen Anteil einkommenschwacher Haushalte. Hierfür haben wir 1,8 Mrd. Euro eingeplant.

Auf europäischer Ebene sind eine starke städtische Dimension im Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und eine Ausrichtung des Europäischen Sozialfonds (ESF) auf städtische Problemgebiete notwendig.

BUNDESTAGSWAHL 2013

Wahlaussagen der Parteien für die planenden und bauenden Berufe



FDP
Sebastian Körber MdB

Ich bin nach jahrelangen Bemühungen froh, dass der Bundesrat der HOAI 2013 mit ihrer umfassenden Modernisierung der Leistungsbilder zugestimmt hat. Hierdurch ergeben sich Honorarerhöhungen im Mittel von ca. 17 % gegenüber der HOAI 2009. Für die Kommunen erhöhen sich damit die Kosten für Baumaßnahmen um ca.

3 %, für die Länder um ca. 2 % und für den Bund um 1 %. Dem „Mehr“ an Honorar steht auch ein „Mehr“ an Planungsleistungen gegenüber. Das öffentliche Ansehen der planenden und bauenden Berufe hat gelitten. Für mich zu Unrecht – aber wir müssen uns fragen, ob und wie in Deutschland noch Großprojekte gebaut werden können. Die vom Bauminister einberufene Reformkommission zum Bau von Großprojekten ist ein Schritt in die richtige Richtung. Was wir jetzt aber vor allem brauchen, ist mehr Transparenz, Kostensicherheit und Termintreue. Ob ein „Public-Private-Partnership“-Modell (PPP) der richtige Weg zur Realisierung einer öffentlichen Infrastrukturaufgabe ist, kann nur im Einzelfall entschieden werden. Im Bereich des Hochbaus hat man besonders bei Bildungsprojekten gute Erfahrungen mit Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP) gemacht. Flächen- und Raumoptimierung, energetische Konzepte, ein stärkeres Risiko- und Qualitätsbewusstsein, ganzheitliche Kostenbetrachtung sowie

zügige Planungs- und Verfahrensprozesse prägen in diesem Bereich das Bild. Für PPP wie ÖPP gibt es Vor- und Nachteile, Stärken und Schwächen, und man muss beide gut kennen, um ein Instrument sinnvoll einzusetzen. Für lebenswerte Städte und Gemeinden haben wir die Städtebauförderung des Bundes stabilisiert, flexibilisiert und an neuen Herausforderungen ausgerichtet. Jetzt geht es darum, sie als bewährte Gemeinschaftsleistung weiter zu entwickeln. Mit dem Programm „Soziale Stadt – Investitionen im Quartier“ unterstützen Bund und Länder die Kommunen auch künftig bei der Stabilisierung und Aufwertung benachteiligter strukturschwacher Stadtteile und Ortsteile. Die vielschichtigen Probleme der betroffenen Quartiere lassen sich aber nicht allein aus Städtebauförderungsmitteln lösen. Alle Fachkompetenz soll sich in den betroffenen Gebieten mit ihren Stärken einbringen. Parallelstrukturen gilt es zu vermeiden.



DIE LINKE
Heidrun Bluhm MdB

Mehr denn je verlangen die sich rasant verändernden Wohn-, Lebens- und Arbeitsbedürfnisse der Menschen in den Städten und in den ländlichen Räumen komplexes, langfristig angelegtes, planvolles Handeln. Das klassische Aufgabengebiet von Stadtplanern und Architekten wird sich zwangsläufig um einige – nicht nur fachtechnische

– Felder erweitern müssen. Gegenwärtig verfestigt sich das Auseinanderdriften in der Stadtentwicklung nach boomenden Metropolen und schrumpfenden Regionen. Beiden gemeinsam ist, dass die jeweiligen tagesaktuellen, wirtschaftlichen Gegebenheiten politische Entscheidungen dominieren und kurzfristiges Reagieren auf besonders krasse Missstände das Handeln vor Ort bestimmt. In boomenden Regionen wird zugelassen, dass die Stadt sich nach den Renditebedürfnissen kapitalkräftiger Anleger entwickelt und die Stadtbevölkerung nach Zahlungsfähigkeit umstrukturiert wird. An anderer Stelle bemühen sich Kommunalpolitiker ohne Gesamtkonzept um die Vermarktung der Reststadt und hoffen darauf, dass das Wachstum irgendwann zurückkehren werde. Beides bietet keinen Lösungsansatz für die wirklichen Entwicklungserfordernisse. Zwischen Wohnungsnot und Leerstand wachsen die Probleme aus der demografischen Entwicklung und dem Klimawandel ungebremst weiter, ohne

dass aus unabweisbaren Erkenntnissen konsequentes politisches Handeln erwächst. Sozialer Wohnungsbau und Städtebauförderung müssen zu strategischen Mitteln eines sozial-ökologischen Stadtumbaus werden, der auf lange Sicht angelegt ist. Stadtplaner und Architekten sind gefordert, die jeweils konkreten Rahmenbedingungen aus der Bevölkerungsentwicklung und dem energetischen Zustand des Gebäudebestands in ihrem Arbeitsumfeld zu analysieren und daraus Handlungsvorschläge abzuleiten. Gemeinsam mit Kommunalpolitikern, Gebäudeeigentümern und Bewohnern müssen sie nach Lösungen für Quartiersentwicklungen suchen, diese bis zum Ergebnis konzipieren und sowohl beratend als auch ausführend begleiten. Sie müssen dies unabhängig von jeglichen Lobbyinteressen im öffentlichen Auftrag tun, was wiederum nur möglich ist, wenn die Kommunen ihren politischen und finanziellen Handlungsspielraum zurück gewinnen und festigen.